

EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern
bei der Europäischen Union
in Brüssel**



Aktuelle Entwicklungen auf der Europäischen Ebene

Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament

KOMMISSION SCHLÄGT ABSCHLUSS DER VERHANDLUNGEN MIT KROATIEN UND BEITRITT ZUM 01.07.2013 VOR

Die Kommission hat am 10.06.2011 vorgeschlagen, die letzten noch offenen Kapitel der Beitrittsverhandlungen zwischen der EU und Kroatien zu schließen, den Beitrittsvertrag zu unterzeichnen und den Beitritt für den 01.07.2013 zu planen. Dazu muss der Beitrittsvertrag von allen Mitgliedstaaten und von Kroatien ratifiziert werden. Laut Kommissionspräsident *Barroso* und Erweiterungskommissar *Füle* ist Kroatien jetzt auch in den bisher noch offenen Bereichen (Wettbewerbsrecht, Finanzen, Grundrechte und Justiz, Sonstige Fragen) bereit für den Beitritt. Staatsministerin *Emilia Müller* begrüßte den Vorschlag.

Erklärung von Präsident *Barroso*:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/397>

Erklärung von Staatsministerin *Müller*:

<http://www.bayern.de/Pressemitteilungen-.1255.10346306/index.htm>

EP-PLENUM VOM 06 - 09.06.2011 IN STRASSBURG: WESENTLICHE ERGEBNISSE

Im Mittelpunkt des Juni-Plenums stand die Stellungnahme des EP zum nächsten mittelfristigen Finanzrahmen der EU. In einer umfassenden Aussprache befasste sich das EP zudem mit dem Ausbruch von Infektionen mit EHEC-Erregern in einigen EU-Mitgliedstaaten. Im Bereich bessere Rechtssetzung nahm das Plenum den von MdEP *Dr. Niebler* (CSU/Oberbayern) erarbeiteten Bericht zur Gewährleistung umfassender Gesetzesfolgenabschätzungen an.

Alle Plenarbeschlüsse:

<http://www.europarl.europa.eu/activities/plenary/ta/calendar.do?language=DE>

Pressemitteilungen zur Plenarwoche:

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/press-release/plenary>

Niebler-Bericht:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0259+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>



Geschäftsbereich Staatsministerium des Innern

EP-PLENUM STIMMT FÜR SCHENGENBEITRITT BULGARIENS UND RUMÄNIENS

Nach dem Ausschuss für Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE, EB 09/11) hat sich am 08.06.2011 auch das EP-Plenum für eine Aufnahme Rumäniens und Bulgariens in den Schengenraum ausgesprochen. Ein von den Abgeordneten angenommener Änderungsantrag sieht aber vor, dass Bulgarien und Rumänien einen speziellen Aktionsplan und ein gemeinsames Konzept mit Griechenland und der Türkei ausarbeiten müssten, um einen möglichen Anstieg des Migrationsdrucks zu bewältigen. Der Beschluss des EP ist für den Rat, der einstimmig über die Erweiterung des Schengenraums beschließen muss, nicht bindend.

KOMMISSION LEGT ÜBERARBEITETE VORSCHLÄGE FÜR ASYL-RECHTSAKTE VOR

Die Kommission hat wie angekündigt am 01.06.2011 neue Vorschläge für eine Überarbeitung der Asylverfahrensrichtlinie und der Aufnahme richtlinie vorgelegt. Diese Vorschläge sollen, so die Kommission in einer Pressemitteilung, im Interesse der Mitgliedstaaten und der Menschen, die um internationalen Schutz nachsuchen, für zügigere, gerechtere und effiziente Verfahren sorgen. Die Entwürfe stießen jedoch im EP und auch bei den Mitgliedstaaten teils auf erhebliche Kritik.

Überarbeiteter Entwurf Asylverfahrensrichtlinie:

http://ec.europa.eu/home-affairs/news/intro/docs/110601/319/1_DE_ACT_part1_v4.pdf

Überarbeiteter Entwurf Aufnahme richtlinie:

http://ec.europa.eu/home-affairs/news/intro/docs/110601/320/1_DE_ACT_part1_v5.pdf

JI-RAT AM 09./10.06.2011: INNENPOLITIK

- Keine Entscheidung über Schengenbeitritt Bulgariens und Rumäniens
- Ratsschlussfolgerungen zu den Grenzen, zur Migration und zum Asyl
- Innenminister begrüßen Kommissionsvorschlag zur Visafreiheit
- Ratsschlussfolgerungen zur EU-Rückübernahmestrategie.



NEUE INTERNETSEITE DES RATS ZUR MIGRATION

Der Rat hat am 08.06.2011 eine Informationsplattform zum Thema „Migration und Zuwanderung“ freigeschaltet. Die Internetseite gibt einen Überblick über die aktuellen Entwicklungen und die von der EU und den Mitgliedstaaten getroffenen Maßnahmen im Bereich Asyl und Migration und insbesondere mit Blick auf die Situation im südlichen Mittelmeerraum.

<http://www.eucouncilfiles.eu/>

PNR-ABKOMMEN MIT USA UND AUSTRALIEN: TEILS HEFTIGE REAKTIONEN IM EP

Ein Bericht von Innenkommissarin *Cecilia Malmström* im Ausschuss für Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) am 24.05.2011 zum Stand der Verhandlungen mit den USA und Australien über Abkommen zur Übermittlung von Fluggastdaten (Passenger Name Records – PNR) hat teilweise heftige Reaktionen hervorgerufen. Während die Abgeordneten beim Entwurf des Abkommens mit Australien Verbesserungen lobten und nur einige wenige Kritikpunkte vorbrachten, stieß der Abkommensentwurf hinsichtlich der USA auf teils erhebliche Kritik. Insbesondere stoßen sich viele Abgeordnete an der langen Speicherdauer von 15 Jahren, der unklaren Definition des Anwendungsbereichs („schwere Straftaten“), der fehlenden unabhängigen Überwachung der Einhaltung der Vorschriften des Abkommens sowie an den mangelhaften Datenschutzbestimmungen. Vor dem Hintergrund einer Resolution des US-Repräsentantenhauses vom 19.05.2011, in der das US-Heimatschutzministerium aufgefordert wird, jeden Versuch der EU zurückzuweisen, das existierende PNR-Abkommen zu verändern, ist nicht davon auszugehen, dass etwaige Nachverhandlungen zu Zugeständnissen seitens der USA führen könnten.

GRUNDRECHTEAGENTUR KRITISIERT ENTWURF FÜR EU-PNR

In einem am 15.06.2011 vorgestellten Gutachten kommt die Europäische Grundrechteagentur zu dem Schluss, dass der von der Kommission im Februar 2011 vorgelegte Entwurf eines EU-eigenen PNR-Systems (EB 03/11) gegen die Grundrechtecharta verstößt. Auch der Juristische Dienst des Rates kritisiert in einem Gutachten insbesondere die vorgesehene Speicherfrist von fünf Jahren und 30 Tagen als nicht datenschutzrechtkonform. Dabei wird als Maßstab



explizit die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Vorratsdatenspeicherung herangezogen.

ENERGIERAT AM 10.06.2011: RATSSCHLUSSFOLGERUNGEN ZUM ENERGIEEFFIZIENZPLAN 2011

Bei der Sitzung des Energierats am 10.06.2011 haben die Energieminister über den Energieeffizienzplan 2011 der Kommission diskutiert und Ratschlussfolgerungen angenommen. In der Aussprache kündigte Energiekommissar *Günther Oettinger* die Vorlage eines Entwurfs für eine Energieeffizienzrichtlinie an. U.a. werde die Kommission darin eine Sanierungsquote für öffentliche Gebäude in Höhe von 3 % p. a. vorschlagen. Auch wenn dies ein Haushaltsproblem bedeuten könne, solle bedacht werden, dass mit einem solchen Programm die Grundlage für weitere Marktentwicklung und Investitionen auf dem privaten Immobilienmarkt geschaffen würden. In den angenommenen Ratsschlussfolgerungen begrüßt der Rat die Mitteilung der Kommission. Zur Finanzierung der Maßnahmen müssten Mittel und Wege definiert werden, um die finanziellen Fördermechanismen der EU bestmöglich zu nutzen, deren Koordinierung zu verbessern und weitere Optionen für die Freisetzung von Investitionen in Energieeffizienzmaßnahmen zu untersuchen (s. hierzu Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

Ratsschlussfolgerungen:

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st10/st10709.de11.pdf>

Geschäftsbereich Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

JI-RAT AM 09./10.06.2011 IN LUXEMBURG

- Richtlinie über Angriffe auf Informationssysteme („Cybercrime“)
- Europäische Ermittlungsanordnung in Strafsachen
<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st09/st09288.de10.pdf>
- Fahrplan zur Stärkung der Rechte und des Schutzes von Opfern
<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st11/st11108.de11.pdf>
<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st10/st10612-ad02.de11.pdf>
- Verordnung zum Internationalen Erbrecht
http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/jha/122516.pdf



RICHTLINIE ZUM RECHT AUF EINEN RECHTSBEISTAND IN STRAF- VERFAHREN

Die Kommission beschloss am 08.06.2011 als dritte Maßnahme zur Stärkung der Beschuldigtenrechte in der EU ihren Richtlinienvorschlag zum Recht auf einen Rechtsbeistand in Strafverfahren und das Recht auf Kontaktaufnahme bei der Festnahme. Diese Richtlinie soll gewährleisten, dass jeder Verdächtige in der EU ab dem Zeitpunkt seiner Festnahme, noch vor einer Vernehmung, bis zum Abschluss des Verfahrens einen Anspruch auf einen Rechtsbeistand hat.

http://ec.europa.eu/justice/policies/criminal/procedural/docs/com_2011_326_de.pdf

EP FÜR OPTIONALES EUROPÄISCHES VERTRAGSRECHT

Mit großer Mehrheit (521 Stimmen dafür, 145 dagegen bei 8 Enthaltungen) hat sich das EP am 08.06.2011 für eine europäische Vertragsrechtsverordnung ausgesprochen, die neben die bestehenden nationalen Vertragsrechtssysteme treten soll. Ergänzend soll ein Katalog von Definitionen der Rechtsbegriffe („Toolbox“) entstehen, um die Kohärenz künftiger EU-Rechtsvorschriften zum Vertragsrecht zu gewährleisten. Weiter sollen europäische Standardvertragsmuster in allen EU-Sprachen sowie ein Online-Streitbeilegungssystem geschaffen werden.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0262+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

GRÜNBUCH ZUM FREIHEITSENTZUG IN DER EU

Die Kommission hat am 14.06.2011 das Grünbuch „Stärkung des gegenseitigen Vertrauens im europäischen Rechtsraum – Grünbuch zur Anwendung der EU-Strafrechtsvorschriften im Bereich des Freiheitsentzugs“ vorgelegt. Die Kommission folgt damit einer Entschließung des Rates über einen Fahrplan zur Stärkung der Verfahrensrechte von Verdächtigen oder Beschuldigten in Strafverfahren.

http://ec.europa.eu/justice/policies/criminal/procedural/docs/com_2011_327_de.pdf



GRÜNDUNG DES EUROPEAN LAW INSTITUTE

Am 01.06.2011 ist in Paris das European Law Institute (ELI) als unabhängige Organisation ohne Gewinnerzielungsabsicht gegründet worden. Der Gedanke entstand in Anlehnung an das American Law Institute, eine regierungsunabhängige Organisation, die mit der Entwicklung des Uniform Commercial Code eine zentrale Rolle bei der Vereinheitlichung des Handelsrechts in den 50 US-Bundesstaaten gespielt hat.

<http://www.europeanlawinstitute.eu/typo/index.php?id=110>

<http://www.europeanlawinstitute.eu>

ZAHLREICHE VERBRAUCHERBESCHWERDEN BEI FLUGVERKEHR UND ONLINE-GESCHÄFTEN

Das Netz der Europäischen Verbraucherzentren (ECC-Net) stand nach dem Jahresbericht für 2010 in mehr als 71.000 Fällen Verbrauchern kostenlos mit Rat und Tat zur Seite, eine Zunahme um 15 % gegenüber 2009.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/671&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://ec.europa.eu/ecc-net>

http://ec.europa.eu/consumers/ecc/docs/2010_annual_report_ecc_en.pdf

Geschäftsbereich Staatsministerium der Finanzen

BERICHT DES EP ZUM NÄCHSTEN MEHRJÄHRIGEN FINANZRAHMEN (SURE-AUSSCHUSS)

Das Europäische Parlament (EP) hat am 08.06.2011 im Plenum den Bericht des Sonderausschusses zum nächsten mehrjährigen Finanzrahmen (SURE-Ausschuss) verabschiedet. Mit diesem Bericht hat das EP – noch vor Veröffentlichung der Kommissionsvorschläge – seine Position für die Verhandlungen zum nächsten mehrjährigen Finanzrahmen festgelegt. Notwendig sei für den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen eine Steigerung um mindestens 5 % im Vergleich zum Niveau des Jahres 2013. Die Mittel für die Regionalpolitik und die Agrarpolitik sollen mindestens auf dem gegenwärtigen Niveau bleiben. Steigerungen soll es insbesondere bei den Investitionen in die Energieinfrastruktur und im Bereich Forschung und Innovation geben. Potenzial für Einsparungen sieht das EP vor allem bei den Verwaltungsausgaben. Ein zentrales Anliegen des EP ist mehr Flexibilität im EU-Haushalt, um auf neue und



unerwartete Entwicklungen besser reagieren zu können. Das EP spricht sich zudem für die Einführung von einem oder mehreren neuen originären Eigenmitteln der EU wie einer Finanztransaktionssteuer aus, um damit das gegenwärtige System mit seinen auf dem Bruttonationaleinkommen basierenden nationalen Beiträgen (sog. „BNE-Eigenmittel“) zu ersetzen. Die Kommission wird ihre Vorschläge für den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen voraussichtlich am 29./30.06.2011 vorlegen.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0266+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

EUROPÄISCHES SEMESTER: LÄNDERSPEZIFISCHE EMPFEHLUNGEN DER KOMMISSION

Die EU-Kommission hat am 07.06.2011 ihre länderspezifischen Empfehlungen zur Verbesserung der Haushalts-, Wirtschafts- und Sozialpolitik der Mitgliedstaaten veröffentlicht. Die länderspezifischen Empfehlungen sind der letzte Schritt im Rahmen des sechsmonatigen Europäischen Semesters, das dieses Jahr zur stärkeren Koordinierung der Wirtschafts- und Haushaltspolitik der Mitgliedstaaten erstmals durchgeführt wurde. Für Deutschland hat die Kommission insbesondere folgende Empfehlungen abgegeben: konsequente Umsetzung der Haushaltsstrategie, Reformen im Finanzsektor (insbesondere Umstrukturierung des Landesbankensektors), Erhöhung der Erwerbsbeteiligung und Abbau von Berufsbeschränkungen und Stärkung des Wettbewerbs. Die Empfehlungen der Kommission sollen nach Behandlung im Rat für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz sowie im ECOFIN-Rat am 23./24.06.2011 vom ER (Staats- und Regierungschefs) gebilligt werden. Im Juli müssen die Empfehlungen dann vom Rat noch formal angenommen werden.

http://ec.europa.eu/europe2020/tools/monitoring/recommendations_2011/index_en.htm

ENTSCHLIESSUNG DES EP ZUR ZUKUNFT DER RATINGAGENTUREN

Das EP hat am 08.06.2011 eine Entschließung zur Zukunft der Ratingagenturen verabschiedet. Aus Sicht des EP soll die Abhängigkeit der Finanzmärkte von externen Kreditratings reduziert werden. Hierzu sollen vor allem große Finanzinstitute verstärkt interne Ratings durchführen. Wettbewerbsverzerrungen, die daraus entstehen, dass Ratingagenturen die Marktteilneh-



mer prüfen und gleichzeitig Aufträge von ihnen erhalten, sollen verringert werden. Um ein Gegengewicht zu den drei großen US-Ratingagenturen zu bilden, soll die Kommission die Möglichkeit der Errichtung einer unabhängigen Europäischen Rating-Stiftung prüfen. Angesichts der systemischen Auswirkungen, die eine Herabstufung in Bezug auf Staatsschulden bewirken kann, fordert das EP insoweit eine verstärkte Transparenz.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0258+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

BERICHT ZUR VIERTEN MISSION DER TROIKA VON KOMMISSION, EZB UND IWF ZUR UMSETZUNG DES REFORMPROGRAMMS IN GRIECHENLAND

Kommission, EZB und IWF haben am 08.06.2011 die wesentlichen Ergebnisse der gemeinsamen Prüfung der Umsetzung des Reformprogramms in Griechenland vorgelegt (sog. „Vierte Troika-Mission“). Kommission, EZB und IWF sind zu dem Ergebnis gekommen, dass Griechenland – anders als im bisherigen Anpassungsprogramm vorgesehen – nicht in der Lage sein wird, im Jahr 2012 auf die Märkte zurückzukehren. Das bisherige Anpassungsprogramm sei daher unterfinanziert. Die nächste Kredittranche in Höhe von insgesamt 12 Mrd. € könne nicht ausbezahlt werden, bevor diese Unterfinanzierung beseitigt ist. Griechenland wird zentrales Thema der Sondersitzung der Sitzungen der Eurogruppe am 19. und 20.06.2011 sowie der Sitzung des ECOFIN-Rates am 20.06.2011 sein. Im Gespräch ist ein neues Rettungspaket für Griechenland im Umfang von bis zu 120 Mrd. €. Ob es bei den anstehenden Sitzungen bereits zu konkreten Entscheidungen über ein neues Rettungspaket kommt, ist allerdings fraglich. Zum einen ist die insbesondere von Deutschland geforderte Privatgläubigerbeteiligung in Form einer Laufzeitverlängerung der griechischen Anleihen in der Eurogruppe sehr strittig. Auch die EZB sieht die Privatgläubigerbeteiligung sehr kritisch. Das zweite Hindernis sind die erheblichen politischen Turbulenzen in Griechenland, durch die die Umsetzung der von Griechenland zugesagten Konsolidierungsmaßnahmen in Frage steht.



Geschäftsbereich Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

ENERGIERAT AM 10.06.2011 IN LUXEMBURG – WESENTLICHE ERGEBNISSE

Am 10.06.2011 tagte in Luxemburg der Energierat. Energiepolitische Beschlüsse wurden dabei nicht gefasst. Jedoch enthalten die von den Mitgliedstaaten im Rat angenommenen Schlussfolgerungen zum Energieeffizienzplan der Kommission einige Vorfestlegungen im Hinblick auf die Verhandlungen zur Energieeffizienzrichtlinie, die die Kommission voraussichtlich am 22.06.2011 vorschlagen will. So wandte sich der Rat gegen europarechtlich verpflichtende Einsparziele, gegen die von der Kommission angestrebte Sanierungsquote von jährlich 3 % des Gebäudebestands der öffentlichen Hand und gegen eine Pflicht, Energieversorgern Einsparerfolge bei Kunden aufzuerlegen. Weitere wesentliche Tagesordnungspunkte waren Aussprachen zu den Arbeiten an einer Energie-Road-Map 2050 und zur Energieinfrastruktur. Auch die deutschen Beschlüsse zum beschleunigten Ausstieg aus der Kernenergie wurden am Rande diskutiert.

http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/trans/122641.pdf

PLENARTAGUNG DES EP – WESENTLICHE ERGEBNISSE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMWIVT

Bei der Plenartagung von 06. - 09.06.2011 fasste das EP mehrere für den Geschäftsbereich des StMWIVT relevante Beschlüsse. Sie betreffen die Annahme des mit dem Rat gefundenen Kompromisses zur Eurovignetten-Richtlinie, die Positionierung zum nächsten mehrjährigen Finanzrahmen (s. auch Beitrag des StMF in diesem EB), einen Initiativbericht zur Regulierung von Ratingagenturen (s. auch Beitrag des StMF in diesem EB) und die Zwischenevaluierung des 7. Forschungsrahmenprogramms.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110608IPR20927/html/Haushalt-2014-2020-Einfrieren-ohne-Abstriche-bei-politischen-Zielen-unm%C3%B6glich>

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110606IPR20809/html/G%C3%BCterschwerverkehr-Das-Parlament-f%C3%BChrt-das-Verursacherprinzip-ein>

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110606IPR20812/html/>



[Strengere-Regeln-f%C3%BCr-Ratingagenturen](#)

[http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-
//EP//NONSGML+REPORT+A7-2011-0160+0+DOC+PDF+V0//DE](http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+REPORT+A7-2011-0160+0+DOC+PDF+V0//DE)

EMPFEHLUNGEN DER KOMMISSION FÜR DIE NATIONALEN REFORM-PROGRAMME – ABSCHLUSS DES EUROPÄISCHEN SEMESTERS

Die Kommission hat am 08.06.2011 ihre länderspezifischen Empfehlungen zur Verbesserung der Haushalts-, Wirtschafts- und Sozialpolitik der Mitgliedstaaten veröffentlicht. Die länderspezifischen Empfehlungen sind der letzte Schritt im Rahmen des sechsmonatigen Europäischen Semesters, das dieses Jahr zur stärkeren Koordinierung der Wirtschafts- und Haushaltspolitik der Mitgliedstaaten erstmals durchgeführt wurde. Die Beschlussvorlagen der Kommission für jeden Mitgliedstaat sollen nach einer ersten Ratsbefassung noch im Juni vom Europäischen Rat (ER) gebilligt werden. Im Juli müssen die Empfehlungen dann vom Rat noch formal angenommen werden (s. auch Beitrag des StMF in diesem EB).

[http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/685&format=H
TML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en](http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/685&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en)

KONFERENZ ZU DEN ERGEBNISSEN DER KONSULTATION ZUM KÜNFTIGEN EUROPÄISCHEN FORSCHUNGSRAHMEN

Auf einer Konferenz am 10.06.2011 in Brüssel mit ca. 700 teils sehr hochrangigen Teilnehmern präsentierte Forschungskommissarin *Máire Geoghegan-Quinn* erste Erkenntnisse aus der Konsultation zur künftigen Forschungsförderung ab 2014 (zum Konsultationsende s. EB 11/2011). Jedoch gab es dabei, entgegen manchen Erwartungen, noch keine konkreteren Aussagen der Kommission zu den eigenen Vorstellungen über das zukünftige Programm. Zum Ende der Konferenz verkündete Kommissarin *Geoghegan-Quinn* die engere Auswahl für den Namen des künftigen Forschungsrahmens aus über 16.000 Vorschlägen: „DISCOVER 2020“, „HORIZON 2020“ oder „IMAGINE 2020“. Über den endgültigen Namen wird bis 17.06.2011 öffentlich im Internet abgestimmt.

[http://ec.europa.eu/research/csfr/pdf/consultation-
conference/summary_analysis.pdf](http://ec.europa.eu/research/csfr/pdf/consultation-conference/summary_analysis.pdf)



BERICHT DER KOMMISSION KRITISIERT MANGELNDE INNOVATIONS- KRAFT EUROPAS

Die Kommission hat am 09.06.2011 den Bericht über die Wettbewerbsfähigkeit der Innovationsunion („Innovation Union Competitiveness Report“) vorgelegt. Der Bericht untersucht nationale Forschungs- und Innovationssysteme im Hinblick auf den bevorstehenden Strukturwandel hin zu einer wissensbasierten Ökonomie und spricht für die EU-Mitgliedstaaten und fünf weitere untersuchte Staaten Handlungsempfehlungen aus. Die Untersuchung kommt zu dem Ergebnis, dass die Staaten Europas zu wenige Ressourcen in Forschung und Entwicklung investieren und damit gerade im Wettbewerb mit anderen Regionen der Welt in Sachen Wettbewerbs- sowie Innovationsfähigkeit zurückfallen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/692&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://ec.europa.eu/research/innovation-union/pdf/competitiveness-report/2011/countries/germany.pdf#view=fit&pagemode=none>

KOMMISSION STARTET KONSULTATION ZUR ÖFFENTLICHEN AUFTRAGSVERGABE AN UNTERNEHMEN AUS DRITTSTAATEN

Am 07.06.2011 hat die Kommission eine öffentliche Konsultation zur Vergabe öffentlicher Aufträge in der EU an Anbieter aus Drittstaaten eingeleitet. Dabei geht es um die Frage, wie das EU-Vergaberecht so angepasst werden kann, dass Drittstaaten einen Anreiz erhalten, ihre Beschaffungsmärkte ihrerseits für Anbieter aus EU-Mitgliedsstaaten zu öffnen. Dazu stellt sie mehrere mögliche Regelungsmodelle für die Begrenzung des Marktzugangs von Unternehmen aus solchen Drittstaaten zur Diskussion, gegenüber welchen eine weitergehende Öffnung der EU-Beschaffungsmärkte nicht rechtlich bindend zugesagt ist. Die Konsultation läuft bis zum 02.08.2011.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/682>

http://trade.ec.europa.eu/consultations/?consul_id=154

KOMMISSION STARTET KONSULTATION ZU RISIKOKAPITALINVESTITIONEN IN DER EU

Die Kommission hat am 15.06.2011 eine öffentliche Konsultation zur Neuregelung des Rechtsrahmens für Risikokapitalinvestitionen innerhalb der EU eingeleitet. Ziel ist es, durch Vereinfachungen und Steuererleichterungen KMU und jungen Unternehmen leichteren Zugang zu Risikokapital zu verschaffen.



Als Vorbild dient die 2010 vorgeschlagene AIFM-Richtlinie (Alternative Investment Fund Manager-Richtlinie), die es Managern alternativer Investmentfonds (z. B. Hedgefonds) aus Drittstaaten mit Hilfe eines „EU-Passes“ ermöglicht, im gesamten Gebiet der EU tätig zu sein. Dies soll nach dem Willen der Kommission auch für Risikokapitalfonds möglich sein, die sich damit nicht mehr in jedem Mitgliedstaat eigens registrieren müssten. Eine Teilnahme an der Konsultation ist bis zum 10.08.2011 möglich.

http://ec.europa.eu/internal_market/consultations/2011/venture_capital_en.htm

KOMMISSION ERÖFFNET AUSSCHREIBUNG ZUR UNTERSTÜTZUNG DER ÖKOLOGISCHEN TRANSFORMATION ENERGIEINTENSIVER INDUSTRIEBEREICHE

Die Kommission hat am 26.05.2011 eine Initiative zur Förderung von Energieeffizienz-Projekten in Industriebereichen, die dem EU-Emissionshandel unterliegen, vorgelegt. Mit der „Sustainable Industry Low Carbon Initiative“, kurz SILC, will sie Investitionen zur Senkung der CO₂-Emissionen in diesen Sektoren bezuschussen. Auf diese Weise sollen Mehrbelastungen ausgeglichen werden, die diesen Unternehmen durch den Emissionshandel entstehen. Antragsberechtigt sind lediglich Unternehmenskonsortien, der Förderhöchst-satz aus EU-Mitteln beträgt 75 %.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/680&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

ERGEBNISSE DES SONDER-AGRARRATS AM 07.06.2011 IN LUXEMBURG

Am 07.06.2011 tagte der außerordentliche Agrarrat in Luxemburg. Wichtigster Tagesordnungspunkt war die Bewertung von Lebensmittelsicherheit und Marktauswirkungen nach dem EHEC-Ausbruch in Norddeutschland. Der Kommissar für Gesundheit und Verbraucherschutz, *John Dalli*, erläuterte seine Schlussfolgerungen für den Schutz der Verbraucher auf EU-Ebene. Die deutsche Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, *Ilse Aigner*, machte klar, dass vor dem Verzehr von rohen Tomaten, Salatgurken und Blattsalaten in Norddeutschland gewarnt werde. Auch bei den Sprossen gebe es klare Indizien für eine Verzehrwarnung. Der Kommissar für



Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, *Dacian Cioloș*, stellte seine Vorschläge zur Unterstützung der betroffenen Gemüsebauern vor. Nachdem die Mitgliedstaaten diese kritisierten, sagte *Cioloș* zu, seinen Vorschlag zu überprüfen, insbesondere hinsichtlich der Höhe des Preisausgleichs und der zur Verfügung gestellten Gesamtsumme. Außerdem wurden die Minister über die Situation der Trockenheit in Europa und Konsequenzen daraus informiert. Frankreich, unterstützt von Belgien, forderte in diesem Zusammenhang Beihilfen für die private Lagerhaltung von Rindfleisch.

Pressemitteilung zum Sonderagrarrat am 07.06.2011 unter:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/agricult/122455.pdf

EHEC-AUSBRUCH: WEITERE BESCHLÜSSE ZUR ENTSCHÄDIGUNG DER GEMÜSEBAUERN

Am 08.06.2011 teilte *Cioloș* in einer Pressekonferenz eine Erweiterung seines Vorschlags (s. Beitrag in diesem EB) über Entschädigungszahlungen mit:

- (i) Ausweitung der Entschädigungszahlungen auf Zucchini und Paprika,
- (ii) Entschädigung in Höhe von 50 % des durchschnittlichen Preises, (iii) Entschädigung für alle Erzeuger, unabhängig davon, ob sie einer Erzeugerorganisation angehören (Abwicklung auch über nationale Zahlstellen möglich);
- (iv) Erzeuger, die einer Erzeugerorganisation angehören, haben Zugang zu weiteren Entschädigungsmaßnahmen; dadurch können sie ein Entschädigungsniveau von 70 % erreichen; (v) es stehen 210 Mio. € zur Verfügung. Im Verwaltungsausschuss für die einheitliche gemeinsame Marktorganisation (GMO) wurde am 14.06.2011 weder eine qualifizierte Mehrheit für noch gegen die Vorschläge der Kommission erreicht. Unter diesen Umständen kann die Kommission über die Annahme der Regelung (Durchführungsrechtsakt) selbst entscheiden. Die Annahme der Verordnung durch die Kommission wird für den 17.06.2011 erwartet, die Veröffentlichung soll an den kommenden Tagen folgen. Die endgültige Entschädigungsrate wird danach erst am 22.07.2011 festgelegt, wenn die Mitgliedstaaten die zu deckende Menge notifiziert haben. Die Maßnahmen statten Erzeugerorganisationen auch mit zusätzlicher Flexibilität zur Entschädigung der Marktrücknahme von Produkten ihrer Mitglieder aus.

Pressekonferenz von Agrarkommissar *Cioloș* am 08.06.2011 unter:

<http://ec.europa.eu/avservices/player/streaming.cfm?type=ebsvod&sid=181776>

Weitere Informationen unter:



[http://europa.eu/rapid/middayExpressAction.do?date=16/06/2011&direction=0
&guiLanguage=en](http://europa.eu/rapid/middayExpressAction.do?date=16/06/2011&direction=0&guiLanguage=en)

IMPORTVERBOT FÜR EU-GEMÜSE NACH RUSSLAND

Im Rahmen des EU-Russland-Gipfels in Nischni Nowgorod, der am 10.06.2011 zu Ende ging, erklärte sich Russland bereit, das Importverbot für Gemüse aus der EU aufzuheben. Dieses Verbot war am 02.06.2011 als Reaktion auf den EHEC-Ausbruch in Deutschland erlassen worden. EU-Kommissionspräsident *Barroso* zeigte sich in der abschließenden Pressekonferenz am Freitag erfreut über diesen Schritt. Auch Russlands Ministerpräsident *Putin* bezeichnete die Beschränkung als „nicht glücklich“. Etwa 24 % (ca. 620.000 t) der gesamten russischen Gemüseeinfuhren stammen aus der EU. Russland hatte seine Bereitschaft, das Importverbot aufzuheben wenige Stunden nach der Aufhebung der Verzehrwarnungen für Tomaten, Salatgurken und Blattsalate durch Deutschland bekannt gegeben. Die Aufhebung des Importverbots wurde allerdings an Bedingungen geknüpft. So sollte die EU schnellstmöglich ein Kontroll- und Zertifizierungssystem für Exportgemüse nach Russland einrichten. *Barroso* versicherte, ein solches System umgehend auf den Weg zu bringen. Details und Modalitäten würden in engem Kontakt zwischen russischen und EU-Behörden ausgearbeitet. Am 15.06.2011 wurde bekannt, dass Russland das Importverbot noch nicht aufgehoben hat. Ursache dafür scheinen Differenzen zwischen den Behörden Russlands und der EU über das vereinbarte Kontroll- und Zertifizierungssystem zu sein.

Presseerklärung *José Manuel Barrosos* vom Ende des Gipfeltreffens am 10.06.2011 unter:

[http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/11/430&fo
rmat=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en](http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/11/430&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en)

Informationen des Rats zum Gipfeltreffen unter:

[http://www.european-council.europa.eu/the-president/summits-with-third-
countries.aspx](http://www.european-council.europa.eu/the-president/summits-with-third-countries.aspx)

EP-PLENUM ZUM GAP-HAUSHALT IM NÄCHSTEN MEHRJÄHRIGEN FINANZRAHMEN

Am 08.06.2011 hat das Plenum des EP den Bericht zum nächsten mehrjährigen Finanzrahmen verabschiedet (s. hierzu Beitrag des StMF und des StMWIVT in diesem EB). Danach soll die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP)



einen Beitrag zur Strategie Europa 2020 leisten. Primäre Rolle der GAP sei die Nahrungsmittelsicherheit in der EU und die weltweite Nahrungsmittelversorgung bei gleichzeitiger Erbringung öffentlicher Güter (flächendeckende Landwirtschaft, Landschaftsgestaltung, Artenvielfalt, Abmilderung des Klimawandels, Erhaltung von Böden und Wasser in gutem Zustand, Vitalität ländlicher Gebiete und soziale Aufgaben wie Bekämpfung von Armut und Bereitstellung von Arbeitsplätzen und Dienstleistungen in ländlichen Gebieten, Beitrag zur nachhaltigen Lebensmittelversorgung und erneuerbaren Energiequellen). Die beiden Säulen der GAP sollen beibehalten werden. Angesichts der breiten Vielfalt von Aufgaben und Zielvorgaben, denen die Agrarpolitik entsprechen müsse, sollen während der Laufzeit des nächsten mehrjährigen Finanzrahmens Mittel mindestens auf dem Niveau des EU-Haushalts von 2013 zur Verfügung stehen. Die Mittel der GAP sollen fair zwischen Mitgliedstaaten, Regionen und Landwirten verteilt werden. Dabei sollen die Mittel stärker mit der Erbringung öffentlicher Güter verknüpft, die Umsetzungsmechanismen vereinfacht und Ausfuhrbeihilfen völlig abgebaut werden. Es wird eine stärkere Koordinierung des Landwirtschaftsfonds (EAFRD), des Regionalfonds (EFRE) und anderer Kohäsions- und Strukturfonds gefordert. Für Regionen, in denen die Bedeutung der Landwirtschaft zurückgeht, sollen die Ausgaben für wirtschaftliche Diversifizierung steigen.

EP-Bericht unter:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0266+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

KONFERENZ ZUR PREISVOLATILITÄT AUF AGRAR- UND ROHSTOFFMÄRKTEN

Bei der hochrangigen Konferenz „Commodities and Raw Materials – Challenges and Policy Responses“, die am 14.06.2011 in Brüssel stattfand, teilte Agrarkommissar *Cioloş* mit, dass die Kommission ab Herbst dieses Jahres regelmäßig kurzfristige Marktperspektiven für Getreide, Ölsaaten, Milch und Milchprodukte sowie Fleisch veröffentlichen wird. Frankreichs Präsident *Nicolas Sarkozy* beharrte auf der Notwendigkeit einer stärkeren Regulierung für die Märkte landwirtschaftlicher Produkte und Rohstoffe. Er unterstrich die Rolle der Markttransparenz und forderte die Einrichtung eines neuen Registers, das Informationen über Transaktionen auf den Derivate- und Rohstoffmärkten sammeln und bei der Food and Agriculture Organisation (FAO)



geführt werden solle. Zur stärkeren Marktüberwachung forderte er ein System, das Missbrauch eindämmen und bestrafen solle. Dabei nannte er sogenannte Positionslimits (Höchstzahl für gehaltene Futures und Futures-Optionskontrakte), wie aus den USA bekannt, als interessante und nützliche Werkzeuge. EU-Binnenmarktkommissar *Michel Barnier* unterstützte *Sarkozys* Forderungen weitgehend und stellte klar, dass Positionslimits durch die nationale Gesetzgebung, unter klar festgelegten Bedingungen und koordiniert von der EU-Wertpapieraufsichtsbehörde (ESMA) flexibel genutzt werden könnten.

Weitere Informationen unter:

http://ec.europa.eu/bepa/expertise/conferences/raw_materials/#top

EUROSTAT: ERNEUERBARE ENERGIE DER EU STAMMT ZUR HÄLFTE AUS HOLZ

Anlässlich des Internationalen Jahrs der Wälder 2011 hat Eurostat, die Statistikbehörde der EU, am 15.06.2011 die Veröffentlichung „Forestry in the EU and the world“ herausgegeben. Danach bedeckten Wälder im Jahr 2010 rund 40 % (178 Mio. ha) der Landfläche der EU. Der Anteil der EU an der weltweiten Waldfläche beträgt rd. 4 %. Im Jahr 2010 konnten drei Viertel der Waldfläche in der EU für die Holzversorgung genutzt werden, wobei der Umfang des Holzzuwachses den Umfang des Holzeinschlags im Wirtschaftswald um mehr als ein Drittel überstieg. Laut Eurostat machten im Jahr 2009 erneuerbare Energiequellen insgesamt 9 % des Bruttoinlandenergieverbrauchs in der EU aus. Fast die Hälfte des Verbrauchs aus erneuerbarer Energie (49,1 %) stammte aus Holz und Holzabfällen. Diese waren auch in der Mehrzahl der Mitgliedstaaten die Hauptquelle erneuerbarer Energie. Im Rahmen der Forest Europe-Konferenz treffen sich vom 14. - 16.06.2011 die europäischen Forstminister in Oslo. Es wird erwartet, dass dort über den Eintritt zu Verhandlungen über rechtlich verbindliche Vereinbarungen zur nachhaltigen Bewirtschaftung der Wälder in Europa entschieden wird, nachdem der Kommission am 10.06.2011 durch den Rat der EU Verkehrsminister das Recht zu rechtlich verbindlichen Verhandlungen in diesem Rahmen eingeräumt wurde.

Eurostat-Veröffentlichung:

http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/5-15062011-BP/DE/5-15062011-BP-DE.PDF

Weitere Informationen zur Forest Europe-Konferenz:

<http://gyroconference.event123.no/ForestEurope/ForestEuropeMinisterialConfe>



[rence/index.cfm](#)

ERGEBNISSE DES RATS „BESCHÄFTIGUNG, SOZIALPOLITIK, GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ“ AM 06.06.2011 IN LUXEMBURG – BEREICH GESUNDHEIT

Am 06.06.2011 tagte der Rat für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz (EPSCO) in Luxemburg. Dabei führten die Gesundheitsminister eine Aussprache zum aktuellen EHEC-Ausbruch (s. hierzu Beitrag des StMUG in diesem EB).

http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/lsa/122430.pdf

EP-PLENUM VOM 06. - 09.06.2011 IN STRASSBURG – AUSSPRACHE ZUM EHEC-AUSBRUCH

Auf seiner Tagung vom 06. - 09.06.2011 hat das EP u. a. eine Aussprache zum Ausbruch von Infektionen mit EHEC-Erregern in einigen EU-Mitgliedstaaten geführt.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110601IPR20702/html/E.-coli-Ausbruch-Lehren-f%C3%BCr-die-Zukunft-ziehen>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

EUROPA 2020: EMPFEHLUNGEN FÜR DEUTSCHLAND VERWEISEN AUF BETEILIGUNG VON FRAUEN AM ARBEITSMARKT UND AUSBAU DER KINDERBETREUUNG

Die Kommission hat am 07.06.2011 27 länderspezifische Empfehlungen sowie eine Empfehlung für das Euro-Währungsgebiet angenommen. Diese sollen die Mitgliedstaaten unterstützen, ihre Wirtschafts- und Sozialpolitik zu verbessern und Fortschritte u. a. im Bereich von Wachstum und Arbeitsplätzen zu erzielen. Mit Blick auf die Empfehlungen zum nationalen Reformprogramm Deutschlands 2011 bzw. zum aktualisierten Stabilitätsprogramm Deutschlands für 2011 - 2014 werden, den Geschäftsbereich des StMAS betreffend, insbesondere weitere Anstrengungen zur Beteiligung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt sowie der Ausbau der Kinderbetreuung angemahnt. Die länderspezifischen Empfehlungen bilden Teil des ersten Europäischen Semesters im



Rahmen der Politikkoordinierung der Europa 2020-Strategie.

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&catId=89&newsId=1033&furtherNews=yes>

ARBEITSSCHUTZ: KOMMISSIONSVORSCHLAG ZUR NEUFASSUNG DER RICHTLINIE ZUM SCHUTZ VON ARBEITNEHMERN VOR ELEKTROMAGNETISCHEN FELDERN

Die Kommission hat am 14.06.2011 einen Vorschlag zur Überarbeitung der geltenden EU-Richtlinie aus dem Jahr 2004 über „Mindestvorschriften zum Schutz von Sicherheit und Gesundheit der Arbeitnehmer vor der Gefährdung durch physikalische Einwirkungen (elektromagnetische Felder)“ vorgelegt (2004/40/EG). Diese Richtlinie regelt den Schutz von Personen vor nicht-ionisierenden elektromagnetischen Feldern bei der Ausübung ihres Berufs wie z. B. bei Arbeiten an Hochspannungsleitungen, beim Schweißen, in der Radartechnik oder in der Medizin. Alle übrigen Personengruppen wie Verbraucher, Telefonbenutzer und Passagiere fallen weiterhin unter die Empfehlung 1999/519/EWG des Rates zur Begrenzung der Exposition der Bevölkerung durch elektromagnetische Felder sowie die spezifischen Vorschriften der einzelnen Mitgliedstaaten. Ziel des Vorschlags sei es, so die Kommission, den Schutz der Gesundheit und Sicherheit der Arbeitnehmer zu gewährleisten bei gleichzeitiger angemessener Flexibilität und Verhältnismäßigkeit, damit Einsatz und Entwicklung industrieller und medizinischer Anwendungen nicht übermäßig behindert würden.

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=716&langId=de&intPagelId=222>

PLENARTAGUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS VOM 06. - 09.06.2011 IN STRASSBURG: SCHWERPUNKTE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMAS

Das Europäische Parlament (EP) hat am 08.06.2011 zwei Entschlüsse zur europäischen Zusammenarbeit in der beruflichen Aus- und Weiterbildung zur Unterstützung der Europa 2020-Strategie (Berichterstatterin: *Nadja Hirsch*, ALDE/DEU) sowie zur außenpolitischen Dimension der Sozialpolitik, der Förderung von arbeits- und sozialrechtlichen Standards und der sozialen Verantwortung von Unternehmen (Berichterstatter: *Richard Falbr*, S&D/CZ) angenommen. Zudem verabschiedete das EP eine Resolution zum neuen mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) auf der Grundlage eines Berichts des Abgeord-



neten *Salvador Garriga Polledo* (EVP/ESP), wozu die Kommission voraussichtlich am 29.06.2011 Vorschläge vorlegen will.

GLOBALISIERUNGSFONDS: KOMMISSION SCHLÄGT FORTSETZUNG DER UNTERSTÜTZUNG WEGEN WIRTSCHAFTSKRISE ENTLASSENER ARBEITSKRÄFTE VOR

Nach Vorstellung der Kommission soll die befristete krisenbedingte Ausnahmeregelung verlängert werden, nach der Europäische Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF) neben Arbeitskräften, die aufgrund von Veränderungen im Welthandelsgefüge ihren Arbeitsplatz verloren haben, auch Arbeitskräfte unterstützen kann, die aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise entlassen wurden. Die Kommission schlug am 10.06.2011 vor, die Ausnahmeregelung, die eigentlich am 30.12.2011 auslaufen würde, bis 31.12.2013 zu verlängern. Die Brüsseler Behörde begründete ihren Vorstoß damit, dass EU-weit eine hohe Zahl von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern erheblich unter den Folgen der aktuellen Krise leiden. Eine Verlängerung solle dazu beitragen, die EGF-Mittel besser einzusetzen, indem denjenigen Menschen Unterstützungsmaßnahmen angeboten werden sollen, die sie am dringendsten benötigen, so die Kommission.

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&catId=89&newsId=1036&furtherNews=yes>

KOMMISSION LEGT ÜBERARBEITETE VORSCHLÄGE FÜR ASYLRECHTSAKTE VOR

Die Kommission hat wie angekündigt am 01.06.2011 neue Vorschläge für eine Überarbeitung der Asylverfahrensrichtlinie und der Aufnahme richtlinie vorgelegt. Diese Vorschläge sollen, so die Kommission in einer Pressemitteilung, im Interesse der Mitgliedstaaten und der Menschen, die um internationalen Schutz nachsuchen, für zügigere, gerechtere und effiziente Verfahren sorgen. Die Entwürfe stießen jedoch im EP und auch bei den Mitgliedstaaten teils auf erhebliche Kritik (s. hierzu Beitrag des StMI in diesem EB).

Überarbeiteter Entwurf Asylverfahrensrichtlinie:

http://ec.europa.eu/home-affairs/news/intro/docs/110601/319/1_DE_ACT_part1_v4.pdf

Überarbeiteter Entwurf Aufnahme richtlinie:

<http://ec.europa.eu/home->



[affairs/news/intro/docs/110601/320/1_DE_ACT_part1_v5.pdf](#)

JI-RAT AM 09. - 10.06.2011 IN LUXEMBURG

Vom JI-Rat in Luxemburg am 09./10.06.2011, der sich im Bereich der Innenpolitik überwiegend mit Fragen der Einwanderung und Migration befasst hat, sind insbesondere die nachfolgenden innenpolitischen Ereignisse hervorzuheben (s. hierzu Beitrag des StMI in diesem EB).

- Keine Entscheidung über Schengenbeitritt Bulgariens und Rumäniens
- Ratsschlussfolgerungen zu den Grenzen, zur Migration und zum Asyl
- Innenminister begrüßen Kommissionsvorschlag zur Einschränkung der Visafreiheit
- Schlussfolgerungen zur EU-Rückübernahmestrategie

Ratsschlussfolgerungen (Englisch):

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/jha/122501.pdf

Geschäftsbereich Staatsministerium für Unterricht und Kultus

KOMMISSION VERÖFFENTLICHT VORSCHLÄGE FÜR LÄNDERSPEZIFISCHE EMPFEHLUNGEN IM RAHMEN DER EUROPA 2020-STRATEGIE

Etwa ein Jahr nach Annahme der Europa 2020-Strategie legte die Kommission am 07.06.2011 Vorschläge für länderspezifische Empfehlungen vor, um die in der Strategie gesetzten Ziele zu erreichen. In den Vorschlägen, die am 23./24.06.2011 vom Europäischen Rat (ER) erörtert und gebilligt werden sollen, wird Deutschland empfohlen, durch Sicherstellung angemessener Bildungsausgaben an einem wachstumsfreundlichen Konsolidierungskurs festzuhalten. Zur Erhöhung der Erwerbsbeteiligung solle Deutschland zudem einen gerechteren Zugang zum allgemeinen und beruflichen Bildungssystem sicherstellen und die Zahl der ganztägigen Kinderbetreuungsplätze und Ganztagschulen erhöhen.

http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/recommendations_2011/csr_germany_de.pdf

http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/recommendations_2011/swp_germany_de.pdf



KONFERENZ ZUM EUROPÄISCHEN QUALIFIKATIONSRAHMEN IN BUDAPEST

Unter ungarischem Vorsitz fand Ende Mai eine Konferenz zum Europäischen Qualifikationsrahmen (EQR) statt, die dem Zweck diente, eine Bestandsaufnahme zum bisherigen Umsetzungsprozess des EQR vorzunehmen, Erfahrungen bei der Entwicklung nationaler Qualifikationsrahmen auszutauschen und anstehende Herausforderungen zu identifizieren. Diskutiert wurden insbesondere die Fragen, wie das Vertrauen zwischen den Mitgliedstaaten sowie die Akzeptanz des EQR in der Öffentlichkeit bzw. auf dem Arbeitsmarkt gefördert werden könne und wie sich der EQR zu anderen europäischen Initiativen verhalte.

Informationen und Dokumente zur Konferenz sind auf folgender Internetseite verfügbar:

<http://tempus.tpf.hu/eqf/index.php?page=8>

EP NIMMT ENTSCHEIDUNG ZUR EUROPÄISCHEN ZUSAMMENARBEIT IN DER BERUFLICHEN AUS- UND WEITERBILDUNG AN

Das EP hat am 08.06.2011 auf der Grundlage des Berichts der bayerischen Europaabgeordneten *Nadja Hirsch* (ALDE/DEU) eine Entschließung „zu der europäischen Zusammenarbeit in der beruflichen Aus- und Weiterbildung zur Unterstützung der Europa 2020-Strategie“ angenommen, in der die Mitgliedstaaten auffordert werden, die Verbindungen zwischen der Berufsausbildung und den Anforderungen des Arbeitsmarktes zu verbessern. Die Parlamentarier betonen insbesondere die Notwendigkeit einer stärkeren Interaktion zwischen dem Bildungssektor, der Arbeitswelt und der beruflichen Aus- und Weiterbildung (s. auch Beitrag des StMAS in diesem EB).

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P7-TA-2011-0263&language=DE&ring=A7-2011-0082>

KOMMISSION VERÖFFENTLICHT STUDIE ZUR PRIVATEN NACHHILFE IN DER EU

Einer im Auftrag der Kommission durchgeführten Studie zufolge hat private Nachhilfe in den meisten EU-Mitgliedstaaten in den letzten Jahren beträchtlich zugenommen. Gründe hierfür seien der soziale Wettbewerb, prüfungsorientiertes Lernen sowie der Druck, der auf Kinder ausgeübt werde; verstärkt werde dies durch Kürzungen der Finanzmittel, die zu einem eingeschränkten Angebot



an individueller Lernunterstützung in den Schulen führen würden.

<http://www.nesse.fr/nesse/activities/reports/activities/reports/the-challenge-of-shadow-education-1>

KONFERENZ ZU „REGIONALPOLITIK UND SPORT“ IM AUSSCHUSS DER REGIONEN

Auf einer Konferenz zum Thema „Regionalpolitik und Sport“ diskutierten Experten aus EU-Institutionen, Vertreter aus der Welt des Sports und Entscheidungsträger aus lokalen und regionalen Gebietskörperschaften über die Bedeutung des Sports für die regionale Entwicklung. Dabei wurde auch die Frage erörtert, welchen Beitrag der Sport leisten könne, um die Ziele der Europa 2020-Strategie zu erreichen, soziale Integration zu verbessern und eine nachhaltige Entwicklung in den Regionen zu fördern.

<http://cor.europa.eu/pages/EventTemplate.aspx?view=detail&id=f43d9cae-24ab-4443-a0c0-cf8541727ff7>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

ERGEBNISSE DES WETTBEWERBSFÄHIGKEITSRATS AM 31.05.2011

Im Mittelpunkt der Beratungen der Forschungsminister stand die Zukunft von EURATOM. Auf die Verlängerung des EURATOM-Rahmenprogramms konnten sich die Delegationen auch nach einer intensiven Diskussion nicht einigen, da Österreich und Luxemburg Vorbehalte gegen eine unveränderte Fortführung des Forschungsbereichs Kernspaltung geltend machten, der ein Fünftel des Fördervolumens umfasst. Eine Einigung soll nun beim Sonder-WBF-Rat am 27.06.2011 erzielt werden. Des Weiteren verabschiedete der Rat Schlussfolgerungen zum Aufbau des Europäischen Forschungsraums (EFR) durch EFR-bezogene Arbeitsgruppen, zur Zwischenbewertung des gemeinsamen Programms Eurostars sowie zur ersten Zwischenbewertung des gemeinsamen Programms „Umgebungsunterstütztes Leben“. Letzterer Bericht steht im Zusammenhang mit der Innovationspartnerschaft „Gesundes und aktives Altern“. Unter „Sonstiges“ befasste sich der Rat mit einer Reihe von Berichtspunkten, darunter auch dem Verlauf der Konsultation zum Grünbuch über einen gemeinsamen strategischen Rahmen für die künftige Finanzierung von Forschung und Innovation. Kommissarin *Geoghegan-Quinn* machte dabei nur quantitative Angaben zum Rücklauf und verwies bezüglich der Inhalte auf die



Konferenz am 10.06.2011 (s. Beitrag in diesem EB).

Ratsschlussfolgerungen zum Aufbau des Europäischen Forschungsraums durch EFR-bezogene Arbeitsgruppen (bisher nur auf Englisch):

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/11/st11/st11032.en11.pdf>

Ratsschlussfolgerungen zur Zwischenbewertung des gemeinsamen Programms Eurostars:

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st08/st08986.de11.pdf>

Ratsschlussfolgerungen zur Zwischenbewertung des gemeinsamen Programms „Umgebungsunterstütztes Leben“ (AAL JP)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st05/st05047.de11.pdf>

ERGEBNISSE DER KONSULTATION ZUM KÜNFTIGEN EUROPÄISCHEN FORSCHUNGSRAMMEN

Auf einer Großkonferenz am 10.06.2011 in Brüssel mit ca. 700 teils sehr hochrangigen Teilnehmern präsentierte Forschungskommissarin *Máire Geoghegan-Quinn* erste Erkenntnisse aus der Konsultation zur künftigen Forschungsförderung ab 2014. Erwartungen hinsichtlich konkreter Aussagen der Kommission zu den eigenen Vorstellungen, die in der Vergangenheit im Hinblick auf die Konferenz genährt worden waren, erfüllten sich dabei nicht. 1.300 Online-Fragebögen und fast 800 Positionspapiere sind eingegangen, gut die Hälfte davon aus den Bereichen Wissenschaft und Hochschule, etwa 12 % aus der Privatwirtschaft. Länderbezogen haben Akteure aus Deutschland mit 13 % den höchsten Anteil.

Kommissions-Auswertung der Konsultation (nur auf Englisch):

http://ec.europa.eu/research/csfr/pdf/consultation-conference/summary_analysis.pdf

EP NIMMT BERICHT ZUR ZWISCHENEVALUIERUNG DES 7. FORSCHUNGSRAMMENPROGRAMMS AN

In seiner Sitzung am 08.06.2011 hat das EP den Bericht des Abgeordneten *Jean-Pierre Audy* (EVP/FRA) zur Zwischenevaluierung des 7. EU-Forschungsrahmenprogramms (FRP) mit 376 zu 253 Stimmen angenommen. Diese Halbzeitbewertung ist dadurch bedeutsam, dass sie die Grundlage für Nachjustierungen in den letzten drei Jahren der siebenjährigen Programmlaufzeit bildet. In dieser Phase werden noch über 28 Mrd. €, und damit mehr als die Hälfte der Mittel des FRP, vergeben. Zwei Aspekte stehen



im Vordergrund des Berichts: Die Vereinfachung der Förderverfahren und die Konzentration auf die großen gesellschaftlichen Herausforderungen, verbunden mit einer stärkeren Beteiligung der Industrie, insbesondere von KMU.

[http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-
//EP//NONSGML+REPORT+A7-2011-0160+0+DOC+PDF+V0//DE](http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+REPORT+A7-2011-0160+0+DOC+PDF+V0//DE)

KOMMISSION VERÖFFENTLICHT VORSCHLÄGE FÜR LÄNDER-SPEZIFISCHE EMPFEHLUNGEN IM RAHMEN DER EUROPA 2020-STRATEGIE

Etwa ein Jahr nach Annahme der Europa 2020-Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum legte die Kommission am 07.06.2011 erstmals Vorschläge für länderspezifische Empfehlungen vor, um die in der Strategie gesetzten Ziele zu erreichen. In den Vorschlägen der Kommission, die am 23./24.06.2011 vom Europäischen Rat (ER) erörtert und gebilligt werden sollen, wird Deutschland empfohlen, durch Sicherstellung angemessener Bildungsausgaben an einem wachstumsfreundlichen Konsolidierungskurs festzuhalten. In einem Begleitdokument zum Empfehlungsvorschlag, das im Gegensatz zum Empfehlungsvorschlag nicht der Billigung des ER bedarf, bewertet die Kommission die von Deutschland im Rahmen der Europa 2020-Strategie gesetzten Bildungsziele als nicht sehr ambitioniert: Bund und Länder streben u. a. an, bis 2020 den Anteil der 30- bis 34-Jährigen mit tertiärem oder vergleichbarem Abschluss von 40,7 % auf 42 % zu steigern. Die Initiativen für die Bildung im Tertiärbereich (Exzellenzinitiative, Hochschulpakt, zusätzliche Stipendien und Darlehen für Studenten) werden begrüßt, doch das Ausmaß der Herausforderung mache größere Anstrengungen notwendig. Auch wenn Deutschland traditionell stark auf sein sehr fortschrittliches Berufsausbildungssystem baue (und ISCED 4 daher seinem Europa 2020-Ziel für den tertiären Bereich zuordnet), könne das System nicht uneingeschränkt dem Tertiärbereich (ISCED 5 und 6) zugerechnet werden (s. hierzu Beitrag des StMUK in diesem EB).

http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/recommendations_2011/csr_germany_de.pdf

http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/recommendations_2011/swp_germany_de.pdf



NEUES ERC-FÖRDERSCHEMA FÜR INTERDISZIPLINÄRE WISSENSCHAFTLERTEAMS

Der Wissenschaftliche Rat des Europäischen Forschungsrats (ERC) hat in seinem Positionspapier zur Konsultation für das künftige Forschungsrahmenprogramm mit den „ERC Synergy Grants“ die Einführung eines weiteren neuen Förderschemas angekündigt. Es soll sich an Gruppen von Wissenschaftlern richten, die in Feldern arbeiten, bei denen Interdisziplinarität besondere Vorteile und Synergien bringt. Dieser neue Ansatz stellt nach der Förderlinie „Proof of Concept“ (s. EB 09/2011) die zweite Erweiterung der ERC-Förderung neben den klassischen Starting bzw. Advanced Grants dar. Voraussichtlich von Oktober 2011 bis Januar 2012 werden sich Teams von zwei bis vier herausragenden Forscherinnen und Forschern für die ersten „ERC Synergy Grants“ bewerben können.

http://erc.europa.eu/pdf/ERC_Position.pdf

BERICHT DER KOMMISSION KRITISIERT MANGELNDE INNOVATIONSKRAFT EUROPAS

Die Kommission hat am 09.06.2011 den Bericht über die Wettbewerbsfähigkeit der Innovationsunion („Innovation Union Competitiveness Report“) vorgelegt. Der Bericht untersucht nationale Forschungs- und Innovationssysteme im Hinblick auf den bevorstehenden Strukturwandel hin zu einer wissensbasierten Ökonomie und spricht für die EU-Mitgliedstaaten und fünf weitere untersuchte Staaten Handlungsempfehlungen aus. Die Untersuchung kommt zu dem Ergebnis, dass die Staaten Europas zu wenige Ressourcen in Forschung und Entwicklung investieren und damit gerade im Wettbewerb mit anderen Regionen der Welt in Sachen Wettbewerbs- sowie Innovationsfähigkeit zurückfallen. Für Deutschland ergibt sich aus dem Bericht ein gemischtes Bild: Während das 3 %-Ziel für Forschung und Entwicklung am BIP in Deutschland bereits 2015 erreicht werden könnte und die generell innovative Kultur gelobt wird, kritisiert der Bericht den Fachkräftemangel, die relative Schwäche Deutschlands im High-Tech-Bereich sowie die niedrigen privaten Investitionen in Forschung und Entwicklung (s. hierzu Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

Länderreport für Deutschland:

<http://ec.europa.eu/research/innovation-union/pdf/competitiveness-report/2011/countries/germany.pdf#view=fit&pagemode=none>



Geschäftsbereich Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit

ENERGIERAT AM 10.06.2011 IN LUXEMBURG – FORTSCHRITTSBERICHT ZU DEN AKW-STRESSTESTS

Am 10.06.2011 tagte in Luxemburg der Energierat. Energiepolitische Beschlüsse wurden dabei nicht gefasst. Jedoch enthalten die von den Mitgliedstaaten im Rat angenommenen Schlussfolgerungen zum Energieeffizienzplan der Kommission einige Vorfestlegungen im Hinblick auf die Verhandlungen zur Energieeffizienzrichtlinie, die die Kommission voraussichtlich am 22.06.2011 vorschlagen will. So wandte sich der Rat gegen europarechtlich verpflichtende Einsparziele, gegen die von der Kommission angestrebte Sanierungsquote von jährlich 3 % des Gebäudebestands der öffentlichen Hand und gegen eine Pflicht, Energieversorgern Einsparerfolge bei Kunden aufzuerlegen. Weitere wesentliche Tagesordnungspunkte waren Aussprachen zu den Arbeiten an einer Energie-Road Map 2050 und zur Energieinfrastruktur. Auch die deutschen Beschlüsse zum beschleunigten Ausstieg aus der Kernenergie wurden am Rande diskutiert (s. hierzu Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

Pressemitteilung des Rates (nur auf EN):

http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/trans/122641.pdf

KOMMISSION SUCHT GRÜNE HAUPTSTADT EUROPAS 2014

Am 14.06.2011 hat die Kommission die Bewerbungsphase für den Wettbewerb Grüne Hauptstadt Europas 2014 eröffnet. Der Titel wird an Städte mit mindestens 200.000 Einwohnern vergeben, die sich durch nachhaltige Umweltpolitik mit Vorbildcharakter auszeichnen. Als übergeordnetes Ziel dient die Verbesserung der Lebensverhältnisse in europäischen Städten. Die Preisrichter werden bei ihrer Entscheidung von einem Expertenausschuss unterstützt und beurteilen die Bewerber anhand von zwölf Umweltindikatoren wie z. B. Energie- und Wasserverbrauch, biologische Vielfalt, Luftqualität, Öko-Innovationen. Neben den Mitgliedstaaten steht die Bewerbung auch den Beitrittskandidaten sowie Ländern des Europäischen Wirtschaftsraums offen. Bisherige Preisträger von 2010 - 2013 waren Stockholm, Hamburg, Vitoria-Gasteiz und Nantes. Städte können sich mit einem Online-Formular um den Titel bewerben. Die Bewerbungsfrist ist der 14.10.2011. Der Gewinner wird im Juni 2012 bekannt gegeben.



ben.

www.europeangreencapital.eu

ERGEBNISSE DES RATES „BESCHÄFTIGUNG, SOZIALPOLITIK, GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ“ AM 06.06.2011 IN LUXEMBURG – BEREICH GESUNDHEIT

Am 06.06.2011 tagte der Rat für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz (EPSCO) in Luxemburg. Dabei nahmen die EU-Gesundheitsminister der Mitgliedstaaten jeweils Ratsschlussfolgerungen zu nachhaltigen Gesundheitssystemen, psychischer Gesundheit, Kinderschutzimpfungen und Innovationen im Medizinproduktesektor an. Die Kommission informierte die Delegationen über den Stand der Überarbeitung der Gesetzgebungsvorschläge zu Patienteninformationen über verschreibungspflichtige Arzneimittel. Ferner führten die Gesundheitsminister eine Aussprache zum aktuellen EHEC-Ausbruch. Schließlich gab die ab dem 01.07.2011 erstmals amtierende polnische EU-Ratspräsidentschaft ihre Prioritäten im Gesundheitsbereich bekannt.

http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/lsa/122430.pdf

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/lsa/122395.pdf

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/lsa/122389.pdf

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/lsa/122391.pdf

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/lsa/122397.pdf

<http://www.consilium.europa.eu/showFocus.aspx?id=1&focusid=612&lang=de>

EP-PLENUM VOM 06. - 09.06.2011 IN STRASSBURG – WICHTIGE ERGEBNISSE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMUG

Auf seiner Tagung vom 06. - 09.06.2011 hat das Europäische Parlament (EP) u. a. eine Aussprache zum Ausbruch von Infektionen mit EHEC-Erregern in einigen EU-Mitgliedstaaten geführt.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110601IPR20702/html/E.-coli-Ausbruch-Lehren-f%C3%BCr-die-Zukunft-ziehen>



BADEGEWÄSSERBERICHT ÜBER DIE SAISON 2010

Am 16.06.2011 haben Umweltkommissar *Janez Potočnik* und die Exekutivdirektorin der Europäischen Umweltagentur *Jacqueline MacGlade* den EU-Bericht über die Badewasserqualität der Badesaison 2010 vorgestellt. Insgesamt wurden europaweit 21.063 Badegewässer untersucht, davon ca. 70 % Küstengewässer. Als Badegewässer gelten Gebiete, in denen das Baden ausdrücklich erlaubt ist oder in denen traditionell viele Menschen baden, ohne dass dies verboten ist. In der letzten Saison erfüllten europaweit 92,1 % der Küsten- und 90,2 % der Binnengewässer die europäischen Mindeststandards. Damit ergab sich zwar insgesamt eine leichte Verschlechterung gegenüber den beiden Vorjahren, allerdings hat sich die Qualität der Badegewässer in der EU in den letzten 30 Jahren erheblich verbessert.

<http://www.eea.europa.eu/de/publications/qualitaet-der-europaeischen-badegewaesser-2010>

NEUE EU-KAMPAGNE GEGEN DEN TABAKKONSUM

Die Kommission hat am 16.06.2011 eine neue Kampagne zur Bekämpfung des Rauchens mit dem Titel „Ex-Raucher sind nicht aufzuhalten“ eingeleitet. Zielgruppe sind Raucher zwischen 25 und 34 Jahren und damit etwa 28 Mio. EU-Bürger, die dazu bewegt werden sollen, mit dem Rauchen aufzuhören. Die neue Kampagne setzt ihren Schwerpunkt damit nicht mehr wie bisher auf die Betonung der Gefahren des Rauchens, sondern bezweckt, die Vorteile der Aufgabe des Rauchens aufzuzeigen. Hierbei sollen ehemalige Raucher als Motivatoren wirken. Da Tabak die häufigste Ursache für vermeidbare Krankheiten darstellt und nach Schätzungen jährlich für mehr als 650.000 Tote in der EU verantwortlich ist, bedeutet die auf drei Jahre angelegte Kampagne einen weiteren Schritt der Kommission im Kampf gegen das Rauchen.

<http://www.exsmokers.eu/>

BESSERE ZUSAMMENARBEIT BEI DER BEKÄMPFUNG GEFÄLSCHTER UND NACHGEAHMTER ARZNEIMITTEL

Auf dem Ji-Rat am 09./10.06.2011 in Luxemburg (siehe Beiträge des StMJV und des StMI in diesem EB) wurden Ratsschlussfolgerungen zur Rolle der Zusammenarbeit der Strafverfolgungsbehörden bei der Bekämpfung gefälschter und/oder nachgeahmter Arzneimittel angenommen. Angesichts der ernsthaften Bedrohung, die solche Arzneimittel für die öffentliche Gesundheit sowie



für die Geschäftsinteressen der Rechteinhaber darstellen können, betont der Rat die Notwendigkeit der Zusammenarbeit von Gesundheitsbehörden, Arzneimittelagenturen sowie von Zoll- und Polizeibehörden unter Einbeziehung des Privatsektors.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/jha/122497.pdf

ERGEBNISSE DES WETTBEWERBSFÄHIGKEITSRATS AM 31.05.2011

Im Mittelpunkt der Beratungen der Forschungsminister stand die Zukunft von EURATOM. Auf die Verlängerung des EURATOM-Rahmenprogramms konnten sich die Delegationen auch nach einer intensiven Diskussion nicht einigen, da Österreich und Luxemburg Vorbehalte gegen eine unveränderte Fortführung des Forschungsbereichs Kernspaltung geltend machten, der ein Fünftel des Fördervolumens umfasst. Eine Einigung soll nun beim Sonder-WBF-Rat am 27.06.2011 erzielt werden. Des Weiteren verabschiedete der Rat Schlussfolgerungen zum Aufbau des Europäischen Forschungsraums (EFR) durch EFR-bezogene Arbeitsgruppen, zur Zwischenbewertung des gemeinsamen Programms Eurostars sowie zur ersten Zwischenbewertung des gemeinsamen Programms „Umgebungsunterstütztes Leben“. Letzterer Bericht steht im Zusammenhang mit der Innovationspartnerschaft "Gesundes und aktives Altern". Unter „Sonstiges“ befasste sich der Rat mit einer Reihe von Berichtspunkten, darunter auch dem Verlauf der Konsultation zum Grünbuch über einen gemeinsamen strategischen Rahmen für die künftige Finanzierung von Forschung und Innovation. Kommissarin *Geoghegan-Quinn* machte dabei nur quantitative Angaben zum Rücklauf und verwies bezüglich der Inhalte auf die Konferenz am 10.06.2011 (siehe Beitrag des StMWFK in diesem EB).

KOMMISSIONSVORSCHLAG ZUR NEUFASSUNG DER RICHTLINIE ZUM SCHUTZ VON ARBEITNEHMERN VOR ELEKTROMAGNETISCHEN FELDERN

Am 14.06.2011 hat die Kommission einen Vorschlag zur Überarbeitung der geltenden EU-Richtlinie von 2004 (2004/40/EC) vorgelegt. Diese Richtlinie regelt den Schutz von Menschen vor nichtionisierenden elektromagnetischen Feldern bei der Ausübung ihres Berufs wie z. B. bei Arbeiten an Hochspannungsleitungen, beim Schweißen, in der Radartechnik oder in der Medizin. Alle übrigen Personengruppen wie Verbraucher, Telefonbenutzer und



Passagiere fallen weiterhin unter die Empfehlung 1999/519/EWG des Rates zur Begrenzung der Exposition der Bevölkerung durch elektromagnetische Felder sowie die spezifischen Vorschriften der einzelnen Mitgliedstaaten. Ziel des Vorschlags ist es, den Schutz der Gesundheit und Sicherheit der Arbeitnehmer zu gewährleisten bei gleichzeitiger angemessener Flexibilität und Verhältnismäßigkeit, damit Einsatz und Entwicklung industrieller und medizinischer Anwendungen nicht übermäßig behindert werden (s. hierzu den Beitrag des StMAS in diesem EB).

Geschäftsbereich IuK- und Medienpolitik

FORTSCHRITTE DER EU-MITGLIEDSTAATEN BEIM ÜBERGANG VOM ANALOGEN ZUM DIGITALEN FERNSEHEN

Mit einer am 08.06.2011 erschienenen Statistik informierte die Europäische Audiovisuelle Informationsstelle im Auftrag der Generaldirektion Kommunikation über die Fortschritte der einzelnen EU-Mitgliedstaaten beim Übergang vom analogen zum digitalen Fernsehen. Bis Ende des Jahres werden 16 EU-Länder den analogen terrestrischen Fernsehbetrieb eingestellt haben.

Pressemitteilung hierzu:

http://www.obs.coe.int/about/oea/pr/mavise_juin2011.html

DIGITALE AGENDA: KOMMISSION BERICHTET ÜBER UMSETZUNG

Mit Schreiben vom 31.05.2011 übermittelte die Kommission dem Rat einen Bericht zum Stand der Umsetzung der Maßnahmen der Kommission und der Mitgliedstaaten im Rahmen der Digitalen Agenda. Danach sind die Zielerreichungsindikatoren („key performance targets“) im Zeitraum Mai 2010 bis Mai 2011 „vielversprechend, jedoch gemischt“. Die Kommission selbst liegt mit zehn politischen Maßnahmen im Zeitplan, mit einer Maßnahme vor dem Zeitplan und sechs Maßnahmen wurden von 2010 nach 2011 verschoben.

Der Bericht im Internet:

http://ec.europa.eu/information_society/digital-agenda/scoreboard/index_en.htm